

daß wie noch weit über eine Million in der Kasse hätten, die uns über Wasser halten könnte, daß aber davon eine halbe Million als Inhabendrucke in Betracht kommt, lassen sie außer Anschlag. Es wäre geradezu ein Verbrechen an unseren alten Verbandsvertrauten, wenn wir diese Mittel zu anderen Zwecken verausgaben wollten. Ein weiteres wichtiges Moment läßt sich noch gegen die Beitrags- und Unterstützungsverböhrung anführen. Unser ganzes Unterstützungswesen, auf Friedensverhältnisse aufgebaut, steht mit der täglich wachsenden Steigerung aller Lebensbedürfnisse gar nicht mehr in Einklang. Wir müssen daher unbedingt eine Neuregelung vornehmen, um den Mitgliedern einigermaßen dasselbe wie früher zu bieten. Darüber muß sich heute jeder Kollege und Kollegin klar sein. Aus diesen Erwägungen heraus hat sich auch der Verbandsvorstand leiten lassen, und es ist auch zu begrüßen, daß sich schon mehrere Zahlstellen dazu zustimmend geäußert haben.

Es erübrigt sich, auf die Tatsache hinzuweisen, daß man keine Unterstützungsverböhrung vornehmen kann, ohne auch den Beitrag zu erhöhen. Daß die Berliner Kollegenschaft sich so großzügig gezeigt hat, um unseren Kampfzwecken daselbst wie früher zu flauen Mitgliedern, die noch Bedenken betreffs der Beitragsverböhrung haben, ein Ansporn sein.

Betrachten wir nun die Vorlage der Eiferkommission, welche zur Urabstimmung jetzt vorliegt, so muß hier besonders betont werden, daß sie, nach allen Seiten hin geprüft, allen Wünschen der Mitglieder gerecht zu werden sich bestrebt.

Sollten dem einen oder anderen Mitgliede beim Heberblick der Vorlage die Beitragsklassen als zu hoch gegriffen erscheinen, so wird der Betreffende bei genauerer Durchsicht bald herausgefunden haben, wie gewaltig die Unterstützungsätze gestiegen sind. Es wurde bei der Ganleiterkonferenz sowie bei der Tagung der Eiferkommission das Hauptgewicht auf die Arbeitslosen- und Streifenunterstützung gelegt. Man nehme, um nur einen Fall herauszugreifen, einmal den Unterstützungsatz bei Arbeitslosigkeit in der fünften Beitragsklasse an: Nach einer Koranz von 200 Wochenbeiträgen wurden bisher 1,75 Mk. ausbezahlt, bei der Neuregelung würden jedoch 2,50 Mk. in Betracht kommen. Also ein wöchentliches Mehr von 4,50 Mk. Wie bei dieser Unterstützungsstufe, so ist es in allen Fällen gehalten worden, um den Mitgliedern auch etwas zu bieten und sie vor der größten Not und vor Elend zu schützen. Das gleiche trifft bei der Streifen- und Gemischtenunterstützung zu. Wenn man also das Gesamtergebnis der von der Eiferkommission unterbreiteten Vorlage genau geprüft hat, muß man zu der Überzeugung kommen, daß sie die Interessen der Mitglieder wahrgenommen hat, soweit es unsere Kassenerhältnisse zulassen. So liegt mir eine Stimme aus dem Felde vor, die Vorlicht im Punkt der Kassengebarung für sehr angebracht hält, aber die Abänderung des ganzen Unterstützungswezens für eine schon längst vorgelegene Notwendigkeit gehalten hat. So glaube ich auch, daß die Kollegen und Kolleginnen, welche sich in der Heimat befinden, sich von der Zweckmäßigkeit jener Vorlage überzeugen lassen, und ich lege deshalb keinerlei Beschränkungen, daß die Vorlage abgelehnt wird, in welchem Falle man mit einer Ersatzleue an die Mitglieder herantreten müßte, was leicht Unwillen auslösen könnte. Ich hoffe daher bestimmt, daß sich unser Mitgliederkreis bei der Urabstimmung von den erwähnten Motiven leiten läßt und der Vorlage der Eiferkommission seine Zustimmung gibt.

Joseph Eisenhut, München.

Kundgebung des deutschen Wohnungsausschusses.

Eine eindrucksvolle Kundgebung zur Verbeiführung beschleunigter Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsreform veranstaltete der Deutsche Wohnungsausschuss am 30. Oktober d. J. in den Rheinoldshallen in Berlin. Es beteiligten sich an ihr in großer Zahl nicht nur die Vertreter der eigentlichen Wohnungsausschüsse, sondern es war weit darüber hinaus eine Kundgebung der großen an der Abstellung und Vorbeugung der Heberstände interessierten Volksschreie überhaupt, die durch zahlreiche Abgeordnete der einflussigsten großen Organisationen vertreten waren. Die an der Frage beteiligten Behörden, wie Reichswirtschaftsamt, Reichsjustizamt, Reichsmarineamt, die preussischen Ministerien für öffentliche Arbeiten, für Handel und Gewerbe, des Innern, für Landwirtschaft usw., die Landesversicherungsanstalten, Gemeinden und sonstigen Kommunalverbände, hatten ebenfalls Vertreter entsandt. Auch der Reichstag und die beiden Häuser des preussischen Landtags waren durch eine Anzahl ihrer Mitglieder vertreten. Die zur Verhinderung des an vielen Orten drohenden Wohnungsnotstandes in erster Linie drin-

gend erforderlichen Maßnahmen behandelte Prof. Dr. C. N. Ruchs-Lübigen in längerem Vortrage, dem folgende Leitsätze zugrunde lagen:

„Die am 30. Oktober 1917 in Berlin im „Rheinoldshaus“ auf Einladung des Deutschen Wohnungsausschusses tagende Vertreterversammlung zahlreicher großer Organisationen und sonstiger Wohnungsreformkreise erklärte:

1. Eine durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform ist ein unabwiesbares Lebensbedürfnis unseres Volkes, namentlich auch gegenüber der drohenden Gefahr einer Wohnungsnot nach dem Kriege und gegenüber den berechtigten Ansprüchen unserer aus dem Felde heimkehrenden Truppen. Die Inangriffnahme dieses Wertes kann nicht ohne den größten Schaden noch länger aufgeschoben werden.

11. Als nächste wichtige Schritte der Wohnungsreform sind insbesondere zu fordern:

1. Zur Lösung der Bodensfrage: Gesetzliche Maßnahmen zur Beschaffung von Land aus privater Hand durch Ausgestaltung des Enteignungsrechtes, Vorkaufsrechtes usw., billige Vergabe fiskalischen, kommunalen und sonstigen öffentlichen Landes, sowie Gründung großer gemeinschaftlicher Boden- und Siedlungsgesellschaften mit weitgehender öffentlicher Hilfe.

2. Zur Lösung der Kapitalfrage: Gewährung großer Darlehen und Bürgschaften für den Wohnungsbau durch Reich, Staat und Gemeinden, sowie organische Eröffnung neuer und Verbesserung bestehender Geldquellen für die Zwecke des Wohnungswezens.

3. Verbesserung der Verwaltungsorganisation für das Wohnungswezen durch Errichtung einer Zentralstelle für die gesamte Wohnungsfürsorge im Reichsamt des Innern, Bestimmung eines im Wohnungswezen führenden Ministeriums in Preußen und Durchführung einheitlicher Maßregeln in wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten.

4. Das baldige Zustandekommen der preussischen Wohnungsgesetzgebung.

Nach einmütigen Zustimmungserklärungen von Reichstags- und Landtagsabgeordneten der verschiedenen politischen Richtungen und einer größeren Anzahl von Vertretern der Verbände, insbesondere der Arbeiter- und Angestelltenverbände, wurden die vorgelegten Leitsätze einmütig zum Beschluß der Versammlung erhoben. Nächste nun endlich von den zuständigen Stellen durchgreifende Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele erfolgen, die von dem einmütigen Willen aller getragen werden, denen der Wiederaufbau der deutschen Volksgesundheit und der deutschen Volkskraft am Herzen liegt.

Wir werden uns in nächster Zeit des näheren mit der hochwichtigen Sache befassen.

Aus unserem Beruf.

Noteflin-Ertrag aus Papiergarn. Jüngst brachte die „Papier-Zeitung“ einen Bericht, wonach die Firma Jagenberg in Düsseldorf einen vorzüglichen Noteflin-Ertrag anfertige, der schon in einer großen Leipziger Buchbinderei erprobt worden sei. Das ausgetestete Lob war etwas zu voreilig. Denn wenn auch der Ertragstoff zu mancherlei zu verwenden ist, so bildet er doch noch lange nicht einen vollaütigen Ertrag für den echten Noteflin. Anheimern läßt sich jener Ertrag nicht, er muß abgezogen werden. Aber immerhin hat die deutsche Papiergewebeindustrie schon so beachtliche Erfolge aufzuweisen, daß man ihren Leistungen Anerkennung zollen muß. Zweifelhaft ist jedoch, ob wir auf die Dauer der Baumwolle werden entbehren können. Wir glauben es nicht, und daher ist Deutschland auf den Bezug kolonialer Erzeugnisse aus fremden oder eigenen Kolonien angewiesen. Eigene Kolonien zur Befriedigung des heimischen Bedarfs wären natürlich das Beste.

Anweisung zur Verstellung von Meißer aus Kartoffelmehl wird im Leoschen „Anzeiger“ wie folgt erteilt: 1 Liter Kartoffelmehl wird mit 1 Liter lauwarmen Wasser angerührt, ½ Liter dünner Wein dazu geschüttet und dann mit 8 Liter heißem Wasser (nicht über 50 Grad) aufgerührt und gut gerührt. Nun wird die ganze Masse nochmals aufs Feuer gestellt und unter ständigem Umrühren solange gekocht, bis die ganze Flüssigkeit sich zu einem tabellosen und glatten Meißer verdickt, was nach 10-12 Minuten der Fall ist. Bei Meißer, der nach dieser Anweisung gekocht wurde, ist ein Zufuß von Borax gar nicht nötig. Wenn das Kartoffelmehl mit kochendem Wasser angerührt wird, so entstehen Sätze und Knollen, und zwar auch dann, wenn Borax zugefügt wird.

Papiergarn und Papierbindfaden sind beschlagnahmt worden. Ihr Bezug und ihre Verarbeitung unterliegen der Erlaubnis der Kriegsrohstoffabteilung beim preussischen Kriegsministerium.

Nichtlinien für Erparnisse im Papier- und Pappverbrauche. Auch die Arbeiterschaft nimmt an dem sparsamen Verbrauche von Papier und Pappe

Anteil, da beim Ausgehen der Arbeitsstoffe Arbeitslosigkeit die Folge sein würde. Sie wird es daher auch begrüßen, daß von der betreffenden Reichsstelle ein Werkblatt herausgegeben worden ist, das eine ganze Reihe von Hinweisen enthält, wie Papier und Pappe eingespart werden kann. Jede einzelne Ware soll daraufhin geprüft werden, ob durch Umgestaltung derselben Papier- und Pappenerparnisse erzielbar können, alles überflüssige Papier (Respektblatt, Seidenpapierfütterung in Briefumschlägen usw.) soll vermieden werden. Lagerbestände sind auf das schärfste zu schonen, allen Verkäufern ist sofort beschränkte Zuteilung an die Kundenschaft zu empfehlen, um Samstern zu verhindern, die Fachverbände sollen prüfen, ob die Herstellung bestimmter, stark Papier-verbrauchender Waren, die nicht unbedingt zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens notwendig sind, beschränkt oder ganz verboten werden, wie z. B. Werbemittel, Preislisten, Kundschreiben usw.

Verzögerung unserer Feuerungszulagenanträge durch den Verband Deutscher Buchbindereibesitzer. Nach mehr als drei Wochen nach Einreichung unserer Feuerungszulagenanträge hat endlich der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer — kurz vor Redaktionschluss — geantwortet, daß er noch nicht dazu Stellung habe nehmen können, weil die Prinzipalität erst untereinander Klärung nehmen müsse, daß er übrigens durch unsere Anträge vollkommen über-rascht worden sei, er aber nichtsdestoweniger zu einer Aussprache möglichst noch im Laufe dieses Monats bereit sei; die von unserem Verbandsvorstand für die nächsten Tage beantragte Zusammenkunft sei aus den angegebenen Gründen unmöglich.

Wir halten uns für verpflichtet, der gesamten Kollegenschaft von dieser Antwort des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer Kenntnis zu geben, die einer Verzögerung gleich kommt. Nachdem im Buchdruckgewerbe viel weitgehendes Entgegenkommen als jemals geübt worden ist, dürfte der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer die Sache nicht auf die lange Bank schieben. Denn was heißt es anders, wenn „möglichst“ in diesem Monat eine gemeinsame Sitzung stattfinden soll! Der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer scheint völlig den Ernst der Lage sowie die Not und Stimmung der Kollegenschaft zu verkennen, die sich auf keinen Fall eine solche Behandlung gefallen lassen wird, was sie in den nächsten Tagen bekunden dürfte.

Zugleich mit dem beglücklichen Schreiben des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer traf kurz vor Redaktionschluss ein Schreiben des Bundes Deutscher Buchbindereinigungen ein, das die Berechtigung unserer Forderungen anerkennt und ihnen nach Möglichkeit zu entsprechen verspricht. Daran sollte sich der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer ein Beispiel nehmen.

Korrespondenzen.

Leipzig. Am 2. November hielt die Zahlstelle ihre ordentliche Generalversammlung ab, die den großen Saal und die Galerien des Rathhauses füllten. Der Bevollmächtigte, Kollege Wienide, erstattete den Geschäftsbericht. Nach seinen Darstellungen ist das Gesamtresultat der Organisationsstätigkeit für das vergangene Vierteljahr als ein recht günstiges zu bezeichnen. Es gelang wiederum, 611 Berufsangehörige der Organisation zuzuführen, so daß in der Zahlstelle gegenwärtig wieder 3872 Mitglieder gebucht werden konnten. Davon sind 94 männliche und 2068 weibliche Mitglieder. Ein ganz Teil Wertstufen sei so gut wie reiflos organisiert, und nur ganz wenige seien es noch, wo ein größerer Teil indifferenter Berufsangehöriger noch vorhanden sei. Er verweist weiter darauf, daß im vergangenen Quartal die Geschäftsräume des Verbandes nach der Taucher Straße verlegt wurden und daß namentlich auch für spätere Zeiten manche Unannehmlichkeiten beseitigt worden seien. In Bezug auf die Lebensmittelversorgung der Mitglieder, habe man getan, was getan werden konnte, und sei gerade diese Tätigkeit der Organisationsleitung in recht warmer Weise von seitens der Mitglieder anerkannt worden.

Dem Kassenericht, den der Kollege Wallber erstattete, ist zu entnehmen, daß auch die finanzielle Lage der Zahlstelle eine gute ist. Das Vermögen ist weiter gewachsen, und verfügt die Zahlstelle gegenwärtig über ein Gesamtvermögen von 160 820,30 Mk. Die Revisoren berichten, daß sie Bücher und Kasse geprüft haben und daß sie alles in Ordnung gefunden hätten, sie beantragen deshalb dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Dem Antrage wird einstimmig zugestimmt.

Sodann berichtet der Kollege Wienide über die eingeleitete Feuerungszulagenbewegung. Einem allseitigen Drängen der Kollegenschaft nachgebend, habe sich die Ortsverwaltung in Uebereinstimmung mit den Werkstufenfunktionären entschlossen, an den Ar-

beitgebervorstand neue Forderungen einzureichen. Der Redner geht die Forderungen des einzelnen durch und meint, daß angeichts der gewaltigen Feuerung auf dem ganzen Lebensmittelmarkt, die aufgestellten Forderungen als durchaus maßig bezeichnet werden könnten. Man habe zwar zu berücksichtigen, daß auch die Unternehmer in diesem Verlauf derzeitigen keinen leichten Stand hätten, denn die gewaltige Verteuerung aller Rohmaterialien mache es ihnen zweifellos überaus schwer, ihre Betriebe im Gange zu halten, doch könne diese Tatsache für uns nicht ausschlaggebend sein. Wenn die Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände fortgesetzt steigen, dann sei es durchaus natürlich, daß auch die Ware Arbeitskraft mit einem höheren Preis entlohnt werden müsse. Es müsse eben Sache der Arbeitgeber und ihrer Auftraggeber sein, die eventuellen Mehrkosten auf das laufende Publikum abzuwälzen. Die Stimmung sei augenblicklich so: Wenn wider Erwarten die Arbeitgeber nicht geneigt seien, den durchaus berechtigten Wünschen der Kollegenschaft Rechnung zu tragen, diese meine, daß die Organisationsleitung die Mitglieder nicht verpflichten dürfe, ihre Arbeitskraft zu denselben Preisen weiterzuverkaufen wie bisher. Er hoffe deshalb, daß die Arbeitgeber den Ernst der Situation erkennen mögen und daß sie die beschriebenen Wünsche der Kollegenschaft erfüllen werden.

Zu der darauf folgenden Diskussion nehmen eine ganze Reihe von Rednern im Sinne der von Wienide gemachten Ausführungen das Wort. Einer der Kollegen meint, es wäre die höchste Zeit, daß eine Erhöhung der Löhne durchgeführt werde, und es müsse darauf geachtet werden, daß die Erhöhung der Löhne nicht etwa erst an einem späteren Termin in Kraft trete, es sei vielmehr notwendig, daß die Erhöhung mit rückwirkender Kraft eintrete. Ein anderer meint, es sei verwunderlich, daß nicht schon Verhandlungen angefangen seien, es erwidere ihm, als wollten die Unternehmer die Verhandlungen verschleppen. Allgemein kommt zum Ausdruck, daß die aufgestellten Forderungen unter allen Umständen durchgeführt werden müßten.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Erhöhung der Verbandsbeiträge“ referiert Kollege Wienide. Er führt in eindringlichen Worten den Versammelten vor Augen, daß eine Erhöhung der Verbandsbeiträge eine zwingende Notwendigkeit sei. Der gesunde Geldwert zwingt uns zur Erhöhung der Arbeitslosen-, Streik- und Gemahregelunterstützung, auch für etwaige Lohnkämpfe müsse Sorge getragen werden. Der Krieg habe eine ganz neue Lage geschaffen, der wir uns anpassen müßten. Der Redner verweist auf alle die Aufgaben, die uns bevorstehen, und fordert zum Schluß auf, geschlossen für die Erhöhung von 15 resp. 30 Pf. einzutreten.

In der darauf folgenden lebhaften Diskussion traten alle Redner für die Erhöhung der Beiträge ein. Nur der Kollege Kreydmer befürchtete, daß bei einer Erhöhung auch der weiblichen Beiträge ein Verlust von Mitgliedern eintreten könne. Ihm erwidert die Kollegin Thiel, daß solche Befürchtungen völlig unangebracht seien. Die Kolleginnen wüßten, was sie an der Organisation hätten, und sie würden sicherlich gern und willig den erhöhten Beitrag zahlen. Sie fordert die anwesenden Kolleginnen auf, lebhaft für die Erhöhung der Beiträge Propaganda zu machen. Nachdem noch der Kollege Wienide in seinem Schlußwort auf die gemachten Ausführungen eingegangen, erfolgt Schluß der durchaus würdig verlaufenen Versammlung.

Was unsere Kollegen aus dem Felde schreiben.

Eine Fahrt in die Feuerlinie. So wie jeder von unseren Kameraden seine Pflicht zu erfüllen hat, sei es durch die Waffe oder in sonstiger Weise, so habe auch ich die meine zu erfüllen. Zwar bin ich nur Ordonanz im Infanterieregiments-Geschäftszimmer, aber meine kleine folgende Erzählung schildert trotzdem eine Fahrt in die Feuerlinie zur Zeit der Kämpfe an der Acre im November 1916. Es war am 18. November, nachmittags 4 Uhr, als ich den Auftrag erhielt, einen Wagen zu begleiten, mit dem das Essen usw. für die Offiziere, Telefonisten und Wälder des Regimentsstabes zum Gefechtsstand vorgebracht wurde. Unsere Fahrt ging von Norail über Roray, Capignies, Achiet-Le-Grand, Achiet-Le-Petit, Miraumont. Schon von weitem hörten wir ein starkes Artilleriefeuer. An einer Straßenkreuzung bei Achiet-Le-Grand schlug die erste Granate vor unserem Wagen ein, was uns veranlaßte, unsere Fahrt zu beschleunigen. An uns vorüber fuhren Artilleriekolonnen von und nach der Front. Rechts am Wege sah man tote Pferde. Einige Male fuhren wir mit Artilleriekolonnen zusammen, aber es ging gut, und

unser Wagen kam immer heil davon. Als wir dann in Achiet-Le-Petit ankamen, war es bereits stockdunkel geworden. Nachdem wir uns eines mitgegebenen Auftrages erledigt hatten, ging die Fahrt weiter nach Miraumont. Das früher einmal reizend gewesene Dorf war nur noch ein Haufen von Steinen, Balken und Brettern. Die Artillerietätigkeit nahm zu, in der ganzen Gegend sah man nur das Aufblitzen der Geschütze und das Einschlagen der Granaten. Granatlöcher mit Schlamm, so groß wie Wohnstuben, ließen befürchten, daß der Wagen überschlagen oder umfällt. Rechts und links am Wege feuerten Geschütze, so daß die Pferde bei jedem Schuß in die Höhe gingen. In Miraumont fuhren wir in Folge des unglaublich schlechten Weges und der Dunkelheit fest, und konnten nur noch mit vieler Mühe den Wagen wieder in Fahrt bringen. Als nun dieses glücklich erreicht war, schlugen in nächster Nähe schwere Granaten ein, was die schon sehr unruhigen Pferde zum Durchgehen brachte. Einen Augenblick bedenken, ich hielt mich am Wagen fest und ließ mich mit durch den Schlamm schleifen, bis ich eine Straße vor mir sah, wo man einigermaßen laufen konnte. So kam ich vor die Pferde und brachte sie zum Stehen. Sobald der Kutscher mich wieder erreicht hatte, übergab ich ihm wieder Pferde und Wagen und holte Leute, die das Essen usw. vom Wagen nach vorn tragen sollten, da es unter den gegebenen Verhältnissen ausgeschlossen war, die Fahrt noch weiter fortzusetzen.

Wie wir nun wieder auf dem Rückweg in Achiet-Le-Petit ankamen, hatte sich die Artillerietätigkeit beruhigt, was der Kutscher machte den Vorstoß, die Pferde zu füttern, was auch geschah. Aber nicht lange sollte die Ruhe anhalten, denn schon schlug die erste Granate nicht weit von unserem Wagen ein, und die zweite dicht davor, so daß die Pferde in die Höhe gingen und den ganzen Wagen umrißen. Was nicht durch Granatsplitter verhindert geblieben war, ging hierdurch in die Brüche. Auch die Pferde hatten leichte Verwundungen davongetragen. Der Kutscher brachte nun seine Pferde in Sicherheit, und ich schloß mich am anderen Morgen einer Kolonne an. Gut war nur, daß wir unseren Auftrag voll und ganz erledigen konnten und unsere Kameraden mit Lebensmitteln versehen waren. Wäre das Unheil bei der Einfahrt geschehen, so wäre unser Auftrag undurchführbar gewesen.

Schönemann.

Auszeichnungen.

Von Mitgliedern unseres Verbandes wurden und noch folgende im Felde verteilten Auszeichnungen bekannt:

Das Eiserne Kreuz erhielten die Kollegen Erich Süttnier, Mitglied in der Zahlstelle Berlin, Anton Hoffmann, Mitglied der Zahlstelle Bonn, Eduard Haberstroh, Mitglied der Zahlstelle Borsheim, Oskar Kockstroh, bis zu seiner Einberufung Bevollmächtigter der Zahlstelle Bors, Wilhelm Holzhammer, Einzelmitglied im Gau 10.

Außerdem erhielten der Kollege Max Friedmann, Mitglied in Wänden, das österreichische Eiserne Verdienstkreuz; Alois Reichel, Mitglied in Chemnitz, die sächsische Tapferkeitsmedaille und das Karlsruhkreuz; und Max Ranke, ebenfalls Mitglied in Chemnitz, die Preussische Verdienstmedaille.

Internationales.

Forderungen der österreichischen Gewerkschaften. Die Gewerkschaftskommission Oesterreichs hat unlängst dem österreichischen Handelsministerium eine Denkschrift überreicht, die namentlich im Drucke vorliegt und eine umfassende wohl begründete Ausarbeitung der grundsätzlichen Forderungen der österreichischen Gewerkschaften darstellt. Die durch den Krieg aufs höchste gestiegene Sorge um die Erhaltung einer vollwertigen Arbeiterschaft erheischt nach diesen Ausführungen die baldige Durchführung von Umwandlungen auf dem Gebiet des Arbeiterrechts, des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung. So gliedert sich die Denkschrift in Gruppen von Forderungen dieser genannten Arten, denen sich die neue Aufgabe der Übergangswirtschaft und eine eingehende Darlegung der einzelnen beruflichen Arbeiterschutzforderungen anreihen.

Die Gruppe der das Arbeiterrecht betreffenden Forderungen regt eine zweckmäßige Zusammenfassung der in einzelnen zusammenhangslosen Paragraphen zersplitterten Arbeiterbestimmungen zu einem einheitlichen Arbeiterrechtsbuch an, und insbesondere die Umwandlungen der für die Dienstboten geltenden Sonderverordnungen. Die Abschaffung des Arbeits- und Dienstbuches wird unter Hinweis auf seine sich

im Krieg im verstärkten Maß erwiesene Ueberflüssigkeit verlangt, ferner die Abänderung des bürgerlichen Gesetzbuches, betreffend Anspruch auf Entgelt für eine kurze Unterbrechung der Dienstleistung.

Unter der Gruppe der Forderungen des Arbeiterschutzes wird in erster Linie die Wiederherstellung der während des Krieges aufgehobenen Schutzvorschriften genannt, dann die Verkürzung der Sonntagsarbeitszeit und Festsetzung des Maximalarbeitsdays, die Ausgestaltung der Gewerbeinspektion und ihre Ausdehnung auch auf staatliche und militärische Betriebe, vermehrter Frauen- und Kinderschutz, Heimarbeiterversicherung, Lohnämter und allgemeine Einführung des Erholungsurlaubs.

Die dritte, die Arbeiterversicherung betreffende, Gruppe von Forderungen betrifft Erweiterung der Krankenversicherungspflicht, Ausgestaltung der Unfallversicherung und Schaffung der Invaliden- und Alters- und Waisenversicherung.

Bezüglich der Aufgaben der Übergangswirtschaft verweist die Denkschrift auf ihre schon im September 1915 dem Ministerium des Innern unterbreitete Eingabe, die Beschleunigung der Demobilisierung beim zukünftigen Friedensschluß betreffend und legt sodann den Standpunkt dar, daß die Arbeitsvermittlung das ausschließliche Recht der Arbeiterschaft sei, erklärt sich jedoch bereit, zunächst in paritätisch geleiteten Arbeitsvermittlungsstellen mitzuarbeiten.

Eine wertvolle Darstellung und Begründung aller nach Produktionseigenart verschiedenen Einzelwünsche der Berufe, deren Wiedergabe zu weit führen würde, beschließt die würdig und eindringlich verfaßte Denkschrift, deren restlose Berücksichtigung in der Tat, wie richtig gesagt wird, bestimmt wäre, schwerste Gefahren der Kriegesfolgen von der österreichischen Volkswirtschaft abzuwenden.

Rundschau.

Von der Notwendigkeit der Beitragserhöhung scheinen immer mehr Verbände ergriffen zu werden. Der Hauptvorstand der Kupferschmiede schlägt für eine Urabstimmung folgendes vor: „Vom 1. Januar 1918 ab wird der Verbandsbeitrag dadurch von 65 auf 80 Pf. pro Woche erhöht, daß 15 Pf. von dem jetzt erhobenen Extrabeitrag von 50 Pf. der Hauptkasse zugeschrieben werden.“ Dafür soll mit eintretendem Friedensschluß die Reise-, Arbeitslosen-, Streik- und Gemahregelunterstützung erhöht werden.

Eine Stimme aus dem vorigen Jahrhundert. Auch im Buchbinderverband regen sich viele Stimmen, die für eine Erhöhung des Beitrages eintreten. Mehr oder weniger ist in allen Verbänden die Meinung vorhanden, daß die Erhöhung des Beitrags auch eine entsprechende Erhöhung der Unterstüßungen bringen soll, wodurch natürlich an eine wesentliche Stärkung des Kampfsfonds nicht gedacht werden kann. Statt für die späteren Kämpfe, die sicher kommen werden, zu rüsten, wird in erster Linie wieder der Unterstüßungsgedanke propagiert, wodurch die Gewerkschaften immer mehr zu reinen Unterstüßungsorganisationen herabgedrückt werden.

Wären diese Ausführungen nicht wie aus längst vergangenen Zeiten an, wo rüchthändige und von ewiger ängstlicher Sorge besessene Leute in jeder Unterstüßungseinrichtung der Gewerkschaften ein Abweichen vom Kampfsstandpunkt witterten? Allerdings! Sie stehen jedoch in der „revolutionären“ Leipziger Volkszeitung vom 18. Oktober 1917. Die gute alte Volkszeitung scheint die letzten 25 Jahre verschlafen zu haben und nicht zu wissen, daß unsere Beitragserhöhung nicht zuletzt der Kampfsfähigkeit unseres Verbandes dienen soll.

4,6 Millionen Arbeiterinnen in Deutschland. Die Flut der weiblichen Arbeitskräfte im deutschen Wirtschaftsleben schwillt unaufhaltsam an und verfehlt mit jedem Monat die überragende und beherrschende Stellung der Frauenarbeit.

Im Januar 1917 zählten die Strandenklassen 3 948 349 weibliche Mitglieder, im Februar 4 211 333, März 3 900 262, April 3 667 749, Mai 4 593 482 und im Juni 4 600 651. Bei erheblichen Schwankungen von Monat zu Monat waren im Juni 653 000 Arbeiterinnen mehr beschäftigt als im Januar. Von den 4 600 651 Arbeiterinnen im Juni waren 2 881 809 in Gewerbe und Industrie, 627 406 in der Land- und Forstwirtschaft, 633 125 in der Hauswirtschaft und der Rest in der Hausindustrie usw. beschäftigt. Gegenüber dem Monat Januar ist die Frauenarbeit in allen Berufsgruppen gewachsen.

Auch die männliche Arbeit hat mit bedeutenden Schwankungen von Monat zu Monat eine Zunahme erfahren, und zwar von 3 958 390 im Januar auf 4 446 033 im Juni, um 487 643, um 100 000 weniger als die Vermehrung der Zahl der Arbeiterinnen.

Im Januar waren noch 10 050 mehr männliche als weibliche Arbeiter vorhanden, im Juni umgekehrt 154 518 mehr Arbeiterinnen als Arbeiter.

Die Gesamtzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Krankenkassen belief sich auf 7 906 748 im Januar und 9 040 684 im Juni, im letzten Monat 1 139 886 mehr.

Zu den 9 Millionen freien Arbeitern kommen noch die zahlreichen tätigen Kriegsgefangenen.

Die Frauarbeit hat in allen Ländern während der Kriegszeit eine bedeutende Ausdehnung erfahren, und sie wird voraussichtlich auch noch lange nach dem Kriege ihre hervorragende Stellung behaupten. Unter diesen Umständen gewinnen sie für die Gewerkschaftsbewegung große Bedeutung, und es erfüllt daher mit Genugtuung, daß heute zum Beispiel in Deutschland und der Schweiz die Gewerkschaften mehr weibliche Mitglieder zählen als vor dem Kriege. Es sollten aber 80 bis 90 Proz. der Arbeiterinnen wie der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sein, damit ihre wichtigen Interessen erfolgreich wahrgenommen werden können.

Teuerungszulagen sind steuerfrei. Wir brachten bereits in Nr. 38 eine Notiz hierüber, die sich auf Preußen und Sachsen bezog. Jetzt lesen wir in der „Mannh. Volksstimme“: Die Mannheimer Steuerbehörden betreiten, daß Teuerungszulagen steuerfrei seien. Diese Einwohner, die sich weigern, für Teuerungszulagen Steuern zu zahlen, müssen den Bescheidbeschwerde beschreiben. Nun finden wir in der sozialdemokratischen „Freiburger Volksnachricht“ eine Einwendung aus Konstanz, nach welcher der Arbeiterausschuß der Firma Hoz u. Kempler am das selbst. Generalkommando eine Eingabe gerichtet hat, in der dargelegt wurde, wie ungerecht es sei, daß sogenannte Teuerungszulagen versteuert werden müßten, da sie gewissermaßen doch nur durch die Hände der Empfänger fließen. Die Zoll- und Steuerdirektion hat nun nachfolgenden schriftlichen Bescheid ergehen lassen: „Das Finanzministerium hat sich damit einverstanden erklärt, daß die von Gemeinden und sonstigen Körperschaften sowie von Privatunternehmen den Angestellten und Arbeitern aus Anlaß des Krieges gewährten Teuerungszulagen und Beihilfen wie die den staatlichen Beamten und Arbeitern bewilligten außerordentlichen Zuwendungen von der Einkommensteuer freigelassen werden in der Unterstellung, daß es sich auch hierbei um einseitige Bewilligungen handelt, auf die der Bezücker keinen Rechtsanspruch hat.“ Somit wird sich wohl auch Mannheim zum Grundsatze der Steuerfreiheit für Teuerungszulagen bequemen müssen.

Einkommen der Buchdrucker. Nach den Ausweisen der Buchdruckerberufsgenossenschaft hatten einschließlich der Ueberstunden die von der Tarifamtsstatistik nicht berücksichtigt werden, die einzelnen Sparten folgende Jahreseinkommen:

Table with 4 columns: Year, Hand-seger, Maschinen-seger, Flach-drucker, Rotations-drucker. Rows for years 1913, 1914, 1915, 1916.

Im Gesamtdurchschnitt betrug demnach der Jahresverdienst eines Buchdruckers: 1913 ... 1982,00 M., 1914 ... 1972,40 M., 1915 ... 2058,33 M., 1916 ... 2247,12 M.

Nach der Tarifamtsstatistik würde das Jahreseinkommen eines Buchdruckers sein: ohne Teuerungszulage ... 2045,41 M., mit ... 2316,89 M.

Diese einwandfreien Feststellungen sozusagen amtlicher Stellen widerlegen aufs bündigste das Geschrei von den maßlos gestiegenen Löhnen während der Kriegszeit. Außer den Rüstungsbetrieben ist die Lohnverhöhung nicht bedeutend, wie obiges Beispiel zeigt. Es war daher die höchste Zeit auch im Buchdruckgewerbe, mit ins Gewicht fallenden Teuerungszulagen anzutreten, wenn durchgehalten werden soll.

Von der Tagung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Die Geschäftsführer der deutschen Arbeitgeberverbände waren am 13. Oktober in Nürnberg zu einer Aussprache zusammengetreten, über die in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ berichtet wird. Der auch bei den Arbeitgebervereinigungen unseres Landes schon früher mitwirkende Syndikus Dr. Tänzler hielt zum Schluß einen Vortrag über die künftige Arbeit der Arbeitgeberverbände. Die Demokratisierung und Parlamentarisierung aller politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse war ihm ein Grundsatz.

Den Wahlspruch: „Freie Bahn den Tüchtigen“ legte er so aus, daß die Industrie von allen Hemmungen durch sozialistische und gemeinwirtschaftliche Experimente befreit und sich völlig nach ihren eigenen Bewegungsgesetzen ausleben könne. Dabei würden gerade die Tüchtigen zu ihrem Rechte kommen. In der Uebergangswirtschaft und der nachfolgenden Zeit werde die Arbeit der Arbeitgeberverbände groß und reichhaltig sein, da mit Arbeitskämpfen in größten Ausmaßen zu rechnen sein werde, wie die Gewerkschaften bereits angekündigt hätten. Weiter wäre es Aufgabe der Verbände, den sozialen Ueberforderungen, deren Verfechter während der Kriegszeit leider Oberwasser bekommen hätten, entgegenzutreten und den Forderungen der Arbeiter, für die sie mit großem Geschick die Öffentlichkeit zu gewinnen suchten, die Rechte der Unternehmer entgegenzustellen. Alles, was die nationale Arbeit fördere, muß unterstützt und durchgeführt werden, alles was sie hemmt, vermeiden werden. Steigerung der Warenzeugung, Güte der Arbeit, Steigerung der Arbeitskraft und der Arbeitsleistung sowohl auf der Arbeiter- als auch auf der Arbeitgeberseite. Man merke: Steigerung der Arbeitsleistung — von einer Steigerung des Lohnes ist aber nicht die Rede!

Es heißt eine Verschiebung bewirken, wenn behauptet wird, die Gewerkschaften hätten größere Arbeitskämpfe bereits angekündigt. Nein! Die Gewerkschaften haben die Kämpfe nicht angekündigt, sondern halten sie nur für wahrscheinlich bei der immer schroffer zutage tretenden Haltung der Arbeitgeberzeitungen und -verbände.

Rücktritt des Redakteurs des „Kürschners“. In einer fast zwei Spalten langen Erklärung gibt der Redakteur Regge des „Kürschners“ bekannt, daß er am 1. Januar 1918 aus seiner Stellung als Redakteur und auch als internationaler Kürschnersekretär zurücktritt, weil er sich dem Annehmen des Verbandsvorstandes und des Ausschusses: nicht gegen die Beschlüsse der Verbandsvorstände und der Generalkommission schreiben zu wollen, nicht fügen könne. Der Verbandsvorstand habe erklärt, es ginge nicht an, daß der „Kürschner“ diese Beschlüsse fortgesetzt bekämpfe, während der Verbandsvorstand ihnen seine Zustimmung erteile. Da wüßten die Mitglieder nicht, woran sie sich halten sollten; diesem Zustande müßte ein Ende gemacht werden.

Regge war früher Anarchist und es ist deshalb erklärlich, wenn er Mehrheitsbeschlüsse oder gar Beschlüsse der „Anstalten“ als nicht maßgebend anfieht und lieber von seinem Posten juridiziert. Daraus kann ihm niemand einen Vorwurf machen, aber andererseits wird man zugeben müssen, daß das Verhältnis im Kürschnerverband auf die Dauer unhaltbar war und entweder der Verbandsvorstand auf die Vertretung seiner Beschlüsse durch das Verbandsorgan verzichtete oder der Redakteur sich dessen Beschlüssen fügte oder zurücktreten mußte.

- Schuttmittel gegen die Ruhr. a) Enthaltung von allen schwer verdaulichen Nahrungsmitteln, vor allem solchen, bei welchen die Gefahr einer Verunreinigung besteht: Also: Kein ungekühltes Obst essen! Keine Gurken, keinen Salat, keine Melonen essen! Keine ungekochte Milch trinken! Den Genuß ungekochter Speisen womöglich überhaupt vermeiden! b) Größte Reinlichkeit in Abtritten! c) Reinigung der Hände nach jeder Benutzung des Abtritts und vor jeder Nahrungsaufnahme! d) Bei verdächtigen Krankheitserscheinungen (Durchfällen, Erbrechen, Kolikschmerzen) sofort den Arzt verständigen!

Abrechnungen vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 5. November bei der Verbandskasse ein: Von Gau 1 mit ... M., Brandenburg 150 M., Potsdam 200 M., Rathenow 200 M., Gau 2 ... M., Königsberg 275 M., Riechersleben 40 M., Dessau 50 M., Wapdeburg 400 M., Kiel 155,80 M., Schwerin 90 M., Gau 8 150 M., Lübeck 250 M., Bielefeld 300 M., Hildesheim 50 M., Kassel ... M., Gau 9 50 M., Rudolstadt 50 M., Jena 52,32 M., Gau 10 ... M., Barmen-Eberfeld 350 M., Bonn 50 M., Düsseldorf 1000 M., Duisburg-Ruhrort 75 M., Essen 150 M., Köln 4,99 M., Frankfurt a. M. ... M., Hanau 62,43 M., Gau 12 ... M., Chemnitz ... M., Meissen ... M., Heilbronn ... M., Karlsruhe 50 M., Konstanz ... M., Stragburg 150 M., Gau 16 ... M., Nürnberg-Fürth 200 M., Regensburg 137,18 M., Gau 17 ... M., Augsburg ... M., Markt und von München mit 1000 M. E. Hauweisen.

Literarisches. „Arbeiter-Jugend“. Die soeben erschienene Nr. 22 des neunten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der jugendliche Industriefrippel. Von Heinrich Goermann. — Reichsanleger und Jugendführer. — Fränkische DorfKirchweih. Von W. Soltmann. — Lieber der Arbeit. Gedicht von Karl Bröger. — Der Antrieh der Schiffe. Von Karl Anton. (Mit Abbildungen). — Erzählung der russischen Ostseeprovinzen durch deutsche Kaufleute im Mittelalter. Von Gg. Engelbert Graf. — Herbstlied. Gedicht von Friedrich Rückert. — Tobanzigen. — Aus der Jugendbewegung. — Im Lazarett. Gedicht von Arthur Ricker. Die „Sozialistischen Monatshefte“, 22. Heft, enthalten u. a.: Wirtschaftspolitische Betrachtungen zum Ergebnis des Würzburger Parteitag von Dr. August Müller, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt. — Sind die Gewerkschaften Vertreter der Konsumenten oder der Produzenten? von Emil Kloth, Vorsitzenden des Deutschen Buchbinderverbandes. — Koloniale Rechtsordnung und Staatsbildung von Max Schippel. — Oekonomisches zur Massenhygiene von Georg Davidsohn, Mitglied des Reichstags. — Dem gehört die Gohli? von Dr. Adolf Wohne. — Der Schutz für Mutter und Kind von Dr. Max Quard, Mitglied des Reichstags. — Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern von Paul Kampfmeyer.

Briefkasten. Schürmann im Felde. Ihr Feldpostbrief war schon lange geseht, konnte aber erst in dieser Nummer zum Abdruck kommen, weil es an Raum mangelte. Besten Gruß und Dank! — G. J. beim Heere. Es freut mich, daß Du Deine Mitarbeit an der „B.Z.“ nicht ganz eingestellt hast. Dein Aufsatz wird wahrscheinlich in der nächsten Nummer erscheinen, in der vorliegenden ließ er sich wegen Stoffandranges nicht mehr unterbringen. Freundl. Gruß. S. in Stuttgart. Danke erhalten; kommt in die nächste Nummer. Gruß.

Anzeigen

Sortimenter Fertigmacher Deckenmacher Presser

für dauernde Beschäftigung gesucht. Julius Hager, Großbuchbinderel, Leipzig, Breitkopffstr. 9.

Cinierer oder CiniererIn sowie gewandte Einlegerin

sucht Emil Jagert, Berlin SW. 68, Neuenburger Straße 14a.

Stärkeren Buchbinderzwirn sucht als Selbstverbraucher jedes Quantum

B. Menrad, Stuttgart.

Kräbe entiehl. Welt-Sautjuden gebeilt in 2Tag. o. Verussfür. 100000 f. Beiv. Monatl. Ab. 100 Geilber. Werl.n.ausw. Personenz ang. „Salus“, Bochum 81, Kortumstr. 13.

Advertisement for 'Nähable „Stepperin“' featuring an image of a sewing machine and text describing its benefits for household use.